

Bröckelndes Tabu

Grüne Hochschulgruppe löst mit dem Plädoyer für nachträgliche Studiengebühren Verwunderung aus

„Gibt es eine Uni nach dem Streik?“ fragten studentischen Organisatoren einer Podiumsdiskussion in Tübingen. Die Wahl der Themen war charakteristisch für den Stand der Debatte: Demokratisierung, BAföG-Reform und Studiengebühren. In Baden-Württemberg ist dieser Dreiklang besonders laut, denn nur hier und in Bayern gibt es keine verfaßte Studierendenschaft mehr, nur hier und in Berlin sind bereits jedes Semester Gebühren fällig, nur im Musterländle knöpft man Studierenden nach Überschreitung der Studienzeit von üblicherweise 13 Semestern 1000 Mark ab.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Friedhelm Repnik verteidigte diese „ordnungspolitische Maßnahme“ und wunderte sich. „Ich dachte eigentlich, wir reden jetzt über eine Hochschulreform.“ Aus anderer Perspektive beklagte der Tübinger Streikrat die „Ökonomisierung der Debatte in allen gesellschaftlichen Bereichen“. Doch am Ende, so scheint es, kommen die Studierenden nicht an der Frage vorbei, wie die Neugestaltung der Hochschulen finanziert werden soll.

Die Streikforderungen des vergangenen Herbstes waren in dieser Hinsicht einfach: Der Staat solle zahlen und Studiengebühren verbieten. In Tübingen ist darüber mittlerweile ein heftiger Streit entbrannt. Denn dort vertritt ausgerechnet die Grüne Hochschulgruppe einen anderen Standpunkt. Zuerst müsse zwar eine grundlegende Strukturreform an den Universitäten vollzogen werden. Wenn diese aber erfolgt und alle anderen Geldquellen ausgeschöpft sind, dann „schließen wir eine Beteiligung an den Kosten

unseres Studiums nicht a priori aus.“

Für einen solchen Obolus, gestand der SPD-Landtagsabgeordnete für Tübingen, Gerd Weimer, spreche das höhere Einkommen der Akademiker und das von Konservativen vorgebrachte Argument, Arbeiter und Handwerker bezahlen mit ihren Steuern die Studienplätze. Studiengebühren seien aber eine Frage des Prinzips: Der Staat dürfe sich nicht aus der Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturleistungen verabschieden.

Die Grüne Hochschulgruppe sieht das anders. Sie schlägt eine grundlegende Reform des BAföG nach dem BAFF-Modell der Grünen Bundestagsfraktion vor und integriert darin die nachträglich zu zahlenden Studiengebühren. „Am Ende hätten wir damit eine ausreichende Förderung für Kinder aus einkommensschwachen Familien und mehr Geld für die Universitäten“, sagt Ulrich Narr, der das Konzept mitentwickelt hat.

Antrag genügt

In einem ersten Schritt sollen Kindergeld und diverse Freibeträge für Eltern von Studierenden mit den bisherigen BAf öG-Mitteln in einem Topf zusammengefaßt werden, aus dem dann jeder Student bis zu 1050 DM monatlich über 12 Semester bekommt - einfacher Antrag genügt. Im Gegenzug müssen die Geförderten nach Abschluß ihres Studiums 25 Jahre lang einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens, abzüglich des Existenzminimums, zurückzahlen. So etwa für 10 000 Mark Fördersumme 0,667 Prozent. Das bedeutet, daß der akademi-

sche Durchschnittsverdiener gerade soviel zurückzahlt, wie er bekommen hat. Wer mehr verdient, zahlt mehr, wer arbeitslos bleibt, zahlt nichts.

Die Idee der Grünen Hochschulgruppe besteht nun darin, allen Studierenden unabhängig von der tatsächlichen Entnahme aus dem Fonds zusätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung aufzuerlegen, die einer Studiengebühr von 1000 Mark pro Semester entsprechen würde. Gemäß BAFF sind das 0,667 Prozent des Bruttoeinkommens über 25 Jahre. Ein Spitzenverdiener würde dann für ein zwölfsemestriges Studium im Laufe der Zeit 23 700 Mark bezahlen, bei einem Jahresbrutto von 40 000 Mark würden dagegen nur 4200 Mark fällig.

Ulrich Narr ist sich sicher, daß die Chancengleichheit damit befördert werden würde: „Obwohl das Studium noch kostenlos ist, studieren heute vor allem Kinder aus besseren Schichten.“ Trotz nachträglicher Gebühr werde sich das mit „BAFF+“, wie das Modell kurz genannt wird, erheblich verbessern.

Selbst in der eigenen Partei löst die Grüne Hochschulgruppe damit keine Begeisterungstürme aus. Dieter Salomon, hochschulpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, bezeichnete den Vorstoß als „völlig daneben“ und auch der Wahlkreiskandidat für die Bundestagswahl, Winne Hermann, möchte die „Errungenschaften der 70er Jahre“ nicht preisgeben. Und Tobias Kaphegyi vom linksorientierten Zusammenschluß der Fachschaften spricht vom „Dolch im Rücken der Streikbewegung.“

BORIS PALMER

(Süddeutsche Zeitung 14/15.02.1998)